

Datum: 4. Mai 2018
Ort: Thomas-Mann-Gymnasium
Uhrzeit: 15:00 bis 19:30 Uhr
Teilnehmende: ca. 60 Bürgerinnen und Bürger
Oberbürgermeister Klaus Demal
Erste Bürgermeisterin Sylvia Tröger
Christiane Seidl-Behrend, Stadt Stutensee
Peter Maag, Stadt Stutensee
Olaf Busch, Stadt Stutensee
Andreas Hambrecht, Stadt Stutensee
Thomas Schoch, Stadt Stutensee
Caroline Rosenthal-Biedermann, Stadt Stutensee
Dr. Volker Stelzer, KIT, Forschungsbereich Nachhaltigkeit und Umwelt
Jutta Katzenberger, freie Architektin / Mitglied Gutachterausschuss
Birgit Schwegle, Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe GmbH
Stefan Wammetsberger, Koehler & Leutwein GmbH & Co. KG
Matthias Beck, AG Natur und Umwelt Stutensee
Jochen Freimüller, Rechnungsprüfungsamt Stadtverwaltung Karlsruhe
Gemeinderäte/innen als stille Beobachter

Moderation und Protokoll: GRIPS, Ute Kinn, Claudia Peschen, Dr. Gisela Wachinger

Tagesordnung

1. Begrüßung und Einführung, Stadt Stutensee
2. Verlauf der zweiten Perspektivwerkstatt, Ute Kinn
3. Vorstellen der Arbeitsergebnisse und Festhalten der Empfehlung
4. Redaktionsteam
5. Abschluss

Bearbeitungshinweis:

Mit dem Redaktionsteam für die Aufnahme in die Bürgerempfehlung abgestimmte Textbestandteile der Arbeitsergebnisse sind kursiv hervorgehoben. Dieses Protokoll soll eine nachvollziehbare Übersicht über alle in der Perspektivwerkstatt bearbeiteten Aspekte beinhalten, dementsprechend sind alle Argumente und Themen aus den Projektgruppen aufgeführt, auch wenn sie nicht in die Empfehlung aufgenommen wurden.

TOP 1 Begrüßung und Einführung

Frau Erste Bürgermeisterin Sylvia Tröger begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur zweiten Perspektivwerkstatt, die Moderatorinnen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Sie freut sich über die rege Teilnahme und bedankt sich für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger sowie den Einsatz der Stadtverwaltung. Ziel ist es, in der zweiten Perspektivwerkstatt eine Empfehlung zur zukünftigen Entwicklung des Wohnens in Stutensee an den Gemeinderat zu erarbeiten. Diese soll nach den Sommerferien im Rahmen einer öffentlichen Sitzung in den Gemeinderat eingebracht werden.

Frau Bürgermeisterin Tröger lädt im Anschluss zu einem After-Work-Treffen ein, um das Erreichte etwas zu feiern und miteinander ins Gespräch zu kommen.

TOP 2 Ziele und Ablauf der zweiten Perspektivwerkstatt

Frau Kinn stellt Ziel und Ablauf der zweiten Perspektivwerkstatt vor. Heute geht es zunächst im Rahmen eines Open Space – das heißt jede/r kann in freiem Wechsel jede Station aufsuchen - darum, dass sich die Teilnehmenden mit dem Stand der Ausarbeitung der ersten Perspektivwerkstatt vertraut machen und prüfen, ob alle wichtigen Aspekte erfasst sind. Gerne können ggf. weitere Argumente eingebracht werden und Aussagen, für die es unterschiedliche Auffassungen gibt, die also einen gewissen Konflikt erkennen lassen, markiert werden. Frau Kinn stellt die sechs Themenbereiche vor:

Flächenbedarf / Wachstum
Wohnformen und Zielgruppen
Zukunftsorientiertes, umweltgerechtes Bauen
Mobilität und Sicherheit
Naturschutz, Grün- und Freiflächen, Naherholung
Kommunale Infrastruktur und Finanzen

Sie erläutert, dass alle Argumente aus der ersten Perspektivwerkstatt zur Vorbereitung für die Weiterarbeit durch die Moderation geprüft wurden. Argumente, die mehrfach – also in den verschiedenen Themenbereichen – genannt wurden, sind einem Themenbereich zugeordnet worden. Die entsprechenden veränderten Zuordnungen sind an den Themenstationen sichtbar gemacht. Schließlich soll über eine Präferenzabgabe von den Teilnehmenden kenntlich gemacht werden, was die wichtigsten Anforderungen/Hinweise für die Zukunft des Wohnens in Stutensee sind. Diese werden im Hauptteil der Empfehlung aufgenommen. Hierzu erhält jede/r Teilnehmer/in pro Themenstation zur Bewertung 3 Punkte, die er frei auf die Themenfelder verteilen kann.

Im Anschluss an die Arbeit im Open Space wird in moderierten Gruppen an den jeweiligen Themenbereichen weitergearbeitet und auf der Basis der Präferenzabgabe die Bürgerempfehlung formuliert.

Die sechs Arbeitsgruppen stellen ihren Empfehlungsbaustein im Plenum vor, so dass Diskussionen und Ergänzungen noch möglich sind.

Nachfolgend ist das Gesamtergebnis der Arbeit im Open-Space, der Präferenzabgabe (Anzahl der Punkte jeweils in Klammern) und der Diskussion im Plenum dargestellt. Die Arbeitsgruppen benennen je eine/n Delegierte/n, die/der als Mitglied des Redaktionsteams stellvertretend für die Bürgerbeteiligung das Protokoll und die daraus resultierende Empfehlung gegen lesen wird.

AG I Mobilität/Sicherheit

Moderation: Frau Peschen

Experte: Herr Wammetsberger

Übergeordnete Konzepte, die zu erstellen sind, sollen die aktuellen Situationen berücksichtigen und auf künftige Entwicklungen eingehen (zum Beispiel neue Wohngebiete):

- *Mobilitätskonzept,*
- *Schulwegekonzept,*
- *Radverkehrskonzept,*
- *Fußwegekonzept,*
- *Parkraumkonzept,*
- *Verkehrskonzept Gewerbegebiet.*

Bei allen Konzepten soll die Verkehrssicherheit betrachtet werden. Grundsätzlich ist die Sicherheit im öffentlichen Raum zu gewährleisten.

Bei der Ausweisung von neuen Wohngebieten ist die Nähe zu Infrastruktureinrichtungen, wie Läden, Schulen, etc. zu berücksichtigen. Je näher Wohnen an der entsprechenden Infrastruktur ist, umso weniger MIV (motorisierten Individualverkehr) entsteht. In neuen Wohngebieten ist deshalb auf Nutzungsmischung zu achten. Nachhaltige Mobilität soll bei neuen Wohngebieten berücksichtigt werden.

Der Wechsel vom motorisierten Individualverkehr hin zu einer nachhaltigen Mobilität, wie Fuß- und Radverkehr, Sharingangeboten, ÖPNV etc. soll gefördert werden. Bei allen Überlegungen sind zukünftige Entwicklungen, wie zum Beispiel autonomes Fahren zu berücksichtigen.

In Stutensee sind historisch bedingt alle Verbindungen vorrangig in Nord-Süd Richtung angelegt. In allen Verkehrswegen, vor allem im Bereich des ÖPNV sind die Ost-West Verbindungen neu anzulegen bzw. zu stärken.

1.1 ÖPNV mehr fördern, mehr ausbauen, attraktiver gestalten (32 Punkte)

Ziel ist es, den Nutzungsanteil des ÖPNV zu erhöhen. Hierzu sollen die Angebote von Bus, Bahn und Straßenbahn attraktiver gestaltet werden.

Grundsätzlich sollte eine Neubebauung in der Nähe von öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgen.

Empfehlung: Vorhandenes Netz ausbauen und ergänzen, Taktung im ÖPNV erhöhen. Hierzu gehören:

- *Verbesserung der Vernetzung in die Region, wie zum Beispiel:*
 - *Als Alternative zur Stadtbahn kann man eine bessere Busverbindung schaffen (Richtung Weingarten, Eggenstein).*
 - *Der Ringschluss der S2 über Karlsdorf nach Bruchsal fehlt (Hinweis: Dies war schon beantragt, wurde aber vom Zuschussgeber abgelehnt).*
 - *Verbesserung (Stadtbahn) Ost-West: Stadtbahn nach Staffort und Weingarten weiterführen (Ringschluss).*
 - *Weiterführung S2 nach Staffort.*
 - *Straßenbahn nach Bruchsal verlängern: Von Eggenstein über Industriegebiet Nord und Weingarten nach Bruchsal.*

- Straßenbahn, Bustransfer, Anbindung schaffen Richtung Staffort, Bruchsal, Graben.
- Öffentliche Verkehrsmittel zum Stutensee-Bad, Kombiticket mit dem Eintritt zum Bad.
- Gewerbegebiete öffentlich anbinden (ÖPNV), um innerörtlichen Individualverkehr zu reduzieren, beispielsweise zum Stutensee-Center.
- Taktung im ÖPNV erhöhen, zum Beispiel:
 - Taktung in nördliche Stadtteile erhöhen.
 - Am Bhf. Hagsfeld Umsteigmöglichkeit in S-Bahn nach Karlsruhe (Innenstadt), Problem: Tagsüber nur einmal je Stunde eine Verbindung zum Hauptbahnhof, hier besteht Bedarf daran, die DB Strecke Richtung Mannheim zu verdichten (dieser Punkt ist schon erledigt).
 - Nähe vom Bahnhof mit eng getakteter Verbindung nach Norden (Richtung Mannheim) und Süden (Richtung Karlsruhe).
 - KVV-Anbindung nach Spöck, Taktung wie Blankenloch.

Empfehlung: Preise attraktiver gestalten, generationengerecht. Hierzu gehören:

- Bessere Zusammenarbeit der Verkehrsverbände.
- Finanzierungskonzept erstellen (bundesweit).

Ein weiteres Anliegen seitens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist der Lärmschutz an der Bahntrasse zum Beispiel durch Tieferlegung.

1.2 Radverkehr fördern, das Radwegenetz ausbauen (24 Punkte)

Der Radverkehr soll gefördert werden. Hierzu sind verschiedene Maßnahmen notwendig, wobei die Reihenfolge keine Priorisierung ist:

Empfehlung: Mitnahme von Fahrrädern im ÖPNV fördern, denn die Kombination von ÖPNV und Fahrrad ist umweltfreundlich und wirtschaftlich. Hierzu gehören:

- An erster Stelle: Mietradstationen an (End-)Haltestellen stärker fördern.
- An zweiter Stelle: Mitnahme von Fahrrädern in S-Bahn verbessern.
- An dritter Stelle: Die Fahrradförderung nicht nur für Jahreskarteninhaber (VVV) und das Mitnehmen von Fahrrädern in Bussen (Fahrradanhänger).

Empfehlung: Die Sicherheit im Radverkehr verbessern. Hierzu gehören:

- Beleuchtete Fahrradachsen zwischen den Ortsteilen, wie zum Beispiel beleuchteter Fahrradweg (Straßenbahn) Blankenloch und Büchig. (Hinweis aus dem open space: Lichtverschmutzung beachten).
- Außerorts soll das Radfahren bei Dunkelheit nicht gefährlich sein (Blendung).
- Fahrradwege prüfen und Schäden ausbessern, Oberflächen optimieren, zum Beispiel Fahrradwege KA durch Hardtwald: Schäden entfernen (Löcher, Pfützen).
- Im Rahmen des Mobilitätskonzepts auch eine Lösung für den Radweg zwischen Friedrichstaler Allee und GE Nord auf Nordseite L559 (Gewerbegebiet) und die unbefriedigenden Querungssituationen finden.
- Winterdienst auf den Hauptachsen zwischen den Ortsteilen vorsehen, zum Beispiel auf Friedrichstaler Allee.

Empfehlung: Kommunales und regionales Radwegenetz ergänzen/ausbauen. Hierzu gehören:

- Die Querverbindungen Ost-West Verbindungen schaffen, verbessern, erweitern, zum Beispiel:

- Von den Ortsteilen in den Hardtwald fehlende Radwege ergänzen.
- Zwei/drei asphaltierte Radwege als Ost-West-Verbindung durch Hardtwald schaffen, z.B. Büchig-Neureut.
- Radwege weiter ausbauen, zum Beispiel:
 - In Spöck, den von Neuthard her, weiter an Pfinz.
 - Fahrradweg zum Gewerbegebiet besser ausbauen! Radwege zwischen Weingarten und Blankenloch.
 - Neues Einkaufszentrum in BLA Nord mit Fuß- und Radweg nach Blankenloch anbinden.
- Radschnellwege mitdenken, Empfehlung an den Regionalverband geben (Hinweis im Plenum: Dies ist bereits in Arbeit: Stutensee ist in der zweiten Kategorie).

Empfehlung: Abstellplätze für Fahrräder attraktiv und sicher in ausreichender Anzahl anbieten. Hierzu gehören:

- Mehr sichere, zeitgemäße, ausgeleuchtete und überdachte, ggf. videoüberwachte Abstellanlagen an allen Haltestellen der Bahn und Straßenbahn anbieten, zum Beispiel Ortsmitte und Festhalle Blankenloch, Blankenloch Bahnhof.
- Bei neuen Wohngebieten Stellplatzsatzung für Räder so ändern, dass eine ausreichende bzw. erhöhte Anzahl vorgesehen wird.

Empfehlung: Radfahren bewerben und fördern. Hierzu gehören:

- Marketingmaßnahmen wie Teilnahme der Stadt Stutensee an stadtradeln.de, Flyer, Feste, Vergünstigungen und weitere finanzielle Anreize für Radfahrer.
- Einkaufen mit dem Fahrrad fördern, zum Beispiel:
 - Lastenräder (auch elektrische) zum Leihen anbieten.
- Angebot von E-Bike Stationen zur Ausleihe, mit anderen Kommunen im Verbund.

1.3 Parken (19 Punkte)

Parken benötigt viel Raum. Es sollte für alle Bereiche ein Parkraumkonzept erstellt werden, auch mit Blick in die Zukunft. Ein Umdenken hin zur verstärkten Nutzung des ÖPNV sollte gefördert werden. So können die Parkplatzprobleme gelöst werden. Ziel ist eine autoarme Stadt.

Empfehlung: Es sollte ein Parkraummanagement eingerichtet werden, da unterschiedliche Bedarfe und Einschätzungen bezüglich des notwendigen Parkraums bestehen, zum Beispiel zum Parkplatzangebot in Blankenloch.

- Hinweis: Es gibt einen hohen Besatz an Garagen, die oft anders genutzt werden. Es ist eine Sensibilisierung dafür notwendig, dass in Baugesuchen nachgewiesene Stellflächen auch als solche genutzt werden.
- Hinweis: Öffentliche Parkplätze erhalten.
- Hinweis: In Bestandsgebieten werden Gehwege als Parkflächen genutzt.

Empfehlung: Bündelung von Parkflächen, zum Beispiel durch:

- Quartiersgaragen bauen.
- Sammelparkplätze für Anwohner anlegen, z.B. am Ende einer Straße, Ortseingang, Festhalle, ...
- Statt einzelner öffentlicher Parkplätze Parkhäuser bauen.

Empfehlung: Anordnung von Einzelparkflächen

- Parkflächen sinnvoll anordnen, keine Komplettversiegelung von Vorgärten.
- *Gemeinschaftsflächen nicht für das individuelle Parken „verbrauchen“.*
- *Tiefgarage* unter der Bebauungsfläche (z.B. Offenburg) planen.
- *Verstärkte Überwachung des ruhenden Verkehrs* (hierdurch werden auch Einnahmen erzielt).

In der zweiten Perspektivwerkstatt wurden die folgenden Themen nicht weiterbearbeitet. Im Folgenden sind die Ergebnisse der ersten Planungswerkstatt, wie sie im Open Space ausgehängt wurden, dargestellt. Ergänzungen aus dem Open Space sind kursiv dargestellt.

I.4 MIV (motorisierter Individualverkehr) (14 Punkte)

Der MIV soll durch besseren ÖPNV verringert werden. Das Verkehrsnetz ist so zu verbessern, dass der Verkehr fließen kann.

Verbesserung des Verkehrsnetzes

- Straßennetze erneuern (z.B. Spöck).
- Hohes Verkehrsaufkommen in Blankenloch, Hauptstraße/L560 – L559, Hinweis: Hier sind bereits eine Ampelanlage und zwei Kreisverkehre in Planung.
- Verbesserung Anschluss L560/L604 und L604/Th.-Heuss-Allee - Stau! Hinweis: Die Planungen sind an den Anwohnern und den übergeordneten Behörden gescheitert. Hier könnte alternativ eine Ampelanlage zur Verbesserung vorgesehen werden.
- Nähe zur L560 ermöglicht optimale Straßenanbindung und vermindert innerörtlichen Verkehr.
- In Büchig gibt es nur eine Ausfahrt aus dem Ort in Richtung L560, weshalb hier Schleichwege genutzt werden, hier sollte eine Lösung gefunden werden.
- Hauptstraße freie Fahrbahnbreite.

Sicherheit und Kontrollen

- Rote Ampeln an Straßenbahnen sind irritierend für Autofahrer.
- Einhalten von Geschwindigkeitsbegrenzungen ist nicht gegeben.
- Verstärkte Verkehrsüberwachungen zur Geschwindigkeit (hierdurch werden auch Einnahmen erzielt).
- Überwachung des Befahrens von gesperrten Wirtschaftswegen!

I.5 Fußverkehr stärken (8 Punkte)

Der Fußverkehr soll gestärkt und sicherer gemacht werden.

Sicherheit für Fußgänger erhöhen

- Pflanzeninseln für Hauptstraße, Blankenloch – Vorfahrt für Fußgänger, dies wird auch in Zukunft kritisch gesehen (der Verkehr soll an einer Hauptstraße nicht zu sehr eingeschränkt werden, wodurch mehr Stau entstehen würde).
- Sicherer Übergang Hauptstraße im Bereich Wiesenstraße/Café Seeger, Fußgängerampel einbauen.
- Erläuterung zum Begriff „Vorfahrt für Fußgänger“: In der Schweiz gibt es entsprechende Modelle, diese haben bei uns noch keine Relevanz.
- Gehwegparken und -fahren unterbinden, Parkstreifen schaffen.

- Bannmeile um Schulen für den Autoverkehr (auf jeden Fall zu Schulzeiten), hierzu wird vorgeschlagen, die nachhaltige Mobilität an Schulen zu fördern, die Bereiche vor Schulen sollten verkehrsfrei und verkehrsarm gehalten werden, ein Schulwegekonzept sollte erstellt werden.
- Gehwege sanieren (Stolperfallen, etc.).
- Sicherheitsdefizit durch Niederbordsteine, ein Hochbord wird nicht so leicht überfahren. Kritische Anmerkung: Ein Hochbord kann für Radfahrer gefährlich sein.

I.6 Sharing Angebote ausbauen und attraktiv gestalten (8 Punkte)

- Carsharing-Konzepte anbieten.
- Angebot Stadtmobil in allen Stadtteilen anbieten, zum Beispiel Edeka in Büchig als Standort für eine Verleihstation.
- Bessere Werbung für Carsharing-Angebote, damit diese Angebote mehr genutzt werden.
- Mitfahrerbanken in Stutensee.
- Anruf-Sammeltaxi als Angebot (Ost-West Verbindung).
- Autonomes Fahren: Mehr Auto teilen, weniger Auto besitzen.
- Angebote in den neuen Wohngebieten mitdenken/integrieren.

I.7 E-Mobilität fördern (5 Punkte)

Die Elektromobilität soll gefördert werden.

- Freies Parken für Elektroautos (als Übergang bis genügend E-Autos da sind), dies wird auch kritisch gesehen, da dies eine Ungleichbehandlung (zum Beispiel vor Geschäften) darstellt.
- E-Mobilität + Carsharing berücksichtigen (flexibles Abrechnungssystem) und mehr Ladesäulen.
- E-Mobilität fördern, Ladestationen im Ort.
- Stadtmobil, E-Mobilität.
- Vorschlag: Die Stadt Stutensee kauft E-Bikes, Bürger können diese dann per Mietkauf erwerben, so können mehr Bürger sich teure E-Bikes leisten.

I.8 Mobilität und Arbeitsplätze (1 Punkt).

- Dezentrale Arbeitsplätze, verringert Mobilität.
- Nördliche Stadtteile liegen deutlich günstiger als Blankenloch und Büchig bezüglich Arbeitsplätzen im Großraum Bruchsal. Stutenseer Bürger arbeiten nicht nur in Karlsruhe.

AG II Kommunale Infrastruktur/Finanzen

Moderation: Herr Busch

Experten: Herr Hambrecht, Herr Freimüller

II. 1 Finanzierung von Wohnraum (39)

- Prüfung und Darstellung von Konzepten, wie heute Wohnraum durch die Stadt Stutensee und durch Bürger geschaffen werden kann.
- Förderkonzepte zur Finanzierung von Wohnraum ermitteln und ausreizen.

- Auch ungewöhnliche, neue Konzepte wie Crowdfunding in die Überlegungen einbeziehen.
- Darstellen, welche Möglichkeiten die Stadt Stutensee bezüglich Genossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften etc. hat.
- Ansprechpartner für Fördermittel bei der Stadt oder jemand Externen, den die Stadt beauftragt.
- Experten heranziehen, um Ideen und Konzepte für verschiedene Wohnformen kennenzulernen **(1)**.
- Vor- und Nachteile der Konzepte den Bürgerinnen und Bürgern transparent vermitteln.
- Finanzierung städtischer Wohnungen für Menschen mit niedrigen Einkommen, die bezahlbaren Wohnraum brauchen.
- Kommunale Kredite für Menschen mit mittlerem Einkommen zur Unterstützung von Immobilienerwerb. Hinweis: Dies kann als Aufgabe nicht von den Kommunen erbracht werden, dafür kann man sich beispielsweise an die L-Bank wenden.
- Bezahlbares Wohnen durch Wohnbaugenossenschaften/Gesellschaften – aus AG III
- Stadtverwaltung geht konzeptionelles Bauen gemeinsam mit den Bürgern an – aus AG III.
- Modell Bürgerbaugenossenschaft: Bürger in städtisch-geförderte Projekte miteinbinden. Voraussetzungen schaffen, dass Bürger in Teileigentum investieren können, z.B. verbinden mit günstigen Wohnraumflächen, die im Gewerbegebiet geschaffen werden. Der Bürger beteiligt sich finanziell und erhält Belegungsrechte – Sicherung von Wohnraum. – aus AG III.

II. 2 Wohnen und Gewerbe (49)

- Kann man Gewerbe-/Mischgebiete so gestalten, dass Wohnnutzung realisierbar ist?
Aus AG V.
- Gewerbekonzepte (für Start-ups).
- Wohnen und Gewerbe stärker verzahnen **(2)**.
- Wohnen und Arbeiten kombinieren – kurze Wege – aus AG III.
- Durchmischung Wohnen und Arbeiten (in Gewerbegebieten auf Industriegebäude Terrassenhäuser für Belegschaft bauen, Integration von Gewerbegebiet in Wohngebiet) – aus AG VI **(2)**. Hinweis: Nach der BauNVO ist Wohnnutzung in Gewerbegebieten nur ausnahmsweise zulässig und sind auf Wohnungen für Aufsichts- bzw. Bereitschaftspersonen sowie Betriebsinhaber und –leiter beschränkt.
- In Gewerbegebieten sind die Grundstücks- und Erschließungskosten niedriger, das ermöglicht, günstigen Wohnraum zu schaffen. Hinweis: Siehe vorherige Anmerkung.
- Auf Preisgerechtigkeit achten gegenüber den in reinen Wohngebieten wohnenden Personen.
- Für das geplante Gewerbegebiet „Westlich der Bahn“ in Blankenloch prüfen, ob es im Sinne eines Mischgebietes umgesetzt werden kann oder Teile davon sogar als reines Wohngebiet ausgewiesen werden können **(2)**.
- Auch Gewerbegebiete mehrstöckig planen **(2)**.
- Parkplätze in Gewerbegebieten weniger großzügig ausweisen, mehr auf Tiefgaragen und Parkdecks setzen.

II. 3 Nahversorgung – Innenstadtentwicklung (22)

- Die AG war sich nicht einig, ob eine gemeinsame Stadtmitte oder die dezentrale Versorgung durch Einzelhandel in den fünf Teilorten Ziel sein soll.
- Nahversorgung im Ort (z.B. Supermarkt) (Es gibt wenige Geschäfte/Betriebe in den Wohnbereichen, diese werden in die Gewerbegebiete verlagert.) – aus AG III.

II. 4 Infrastruktur (21)

- Inwieweit werden Kapazitäten an Kindergärten und Schulen in den einzelnen Stadtteilen in der Planung berücksichtigt? Hinweis: Bedarfsplanung findet fortlaufend statt und wird bei Bauvorhaben berücksichtigt.
- Durch die Konzentration auf Blankenloch/Büchig werden die nördlichen Stadtteile abgehängt, trotzdem wollen sie möglichst die volle Infrastruktur (s. z.B. Schwimmbad in Spöck oder Mehrzweckhalle Staffort) - aus AG V.

Zusammenfassung/Präsentation: Herr Heybl, Herr Busch

II.1 Bereitstellung von Wohnraum

- *Überprüfung der Möglichkeiten bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – Ist eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft vorstellbar, welche weiteren Möglichkeiten bestehen? Prüfung auf welchen Flächen bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann. Möglichkeiten prüfen, wie Bürger als Investoren miteinbezogen werden können.*
- *Überprüfung der Grundstücksvergabe – Kriterien entwickeln, die über eine Vergabe der Grundstücke für den Höchstpreis hinausgehen. Weitere Möglichkeiten prüfen, wie beispielsweise Erbbaurecht.*
- *Öffnung für andere Modelle/Konzepte, wie gemeinschaftliche Baugruppen/Baugemeinschaften.*
- *Von Teilen der Gruppe wurde gewünscht, dass die Stadt als Moderator die Eigentumsbildung von Bürgern mit geringem Einkommen unterstützt und ein Ansprechpartner für Fördermöglichkeiten zur Finanzierung von Wohnraum/Hausbau wurde diskutiert, Hinweis: Das Serviceportal Baden-Württemberg bietet umfangreiche Informationen zu verschiedenen Fördermöglichkeiten.*

II.2 Wohnen und Gewerbe

- *Die Möglichkeit der Durchmischung von Wohnen und Gewerbe soll geprüft werden, wohlwissend, dass diese strengen gesetzlichen Regeln unterliegt.*
- *Es ist zu prüfen, ob die Tatsache, dass die Preise pro m² für Gewerbeflächen deutlich niedriger sind als die von Wohnbauflächen, hilfreich ist (Stichwort Preisgerechtigkeit).*

II.3 Stadtentwicklung

- *Erstellung eines Rahmenplans für Stutensee – mit Überprüfung und ggf. Neubewertung der 50/20/20/10-Regelung zur Entwicklung der Stadtteile sowie des Versorgungskonzepts.*

II.4 Infrastruktur

- *Priorisierung der Pflichtaufgaben und der freiwilligen Aufgaben der Stadt.*

DISKUSSION

Frage Plenum: Wurde das Thema Vorkaufsrecht der Stadt bei Grundstückkäufen diskutiert?

Antwort: Darüber wurde in der AG gesprochen. Das Vorkaufsrecht kann ein wichtiger Aspekt für die Stadtentwicklung sein. Es ist aber eine politische Entscheidung, ob die Stadt das will.

AG III Zukunftsorientiertes/umweltgerechtes Bauen

Moderation: Herr Maag

Expertin: Frau Schwegle

III.1 Identität Stutensee (30)

Stutensee soll sich als eigenständige Stadt mit ländlicher Prägung und nicht als Stadtteil von Karlsruhe verstehen.

- *Es soll ein Leitbild geben, wie die Zukunft des Bauens in Stutensee aussehen soll.*
- *Bewusstsein zum zukunftsorientierten/umweltbewussten Bauen muss geschaffen werden.*

Zusatz aus Diskussion

- *Konkrete Ziele sind zu formulieren und Maßnahmen mit einem zeitlichen Fahrplan abzuleiten.*

III.2 Nachhaltiges Bauen (27)

Oberziel: Die Stadt fungiert als Vorbild - als Grundstückseigentümer oder als Träger der Planungshoheit. Den Investoren legt sie Nachhaltigkeitsmaßnahmen auf. Sie trägt die Vorbildfunktion durch Öffentlichkeitsarbeit nach außen.

Ziel: Fokus auf nachhaltiges Bauen und Versorgen setzen.

Maßnahme: Einen beratenden Leitfaden (z.B. auch zu Baustoffen) entwickeln zur Information und zur Sensibilisierung für Bauherren und Interessenten.

Maßnahme: Kriterien der Nachhaltigkeit definieren.

Maßnahme: Gemeinsame Energieversorgung von Wohnungseinheiten bzw. mehrerer Häuser über ein Nahwärmekonzept – kann zu bezahlbarem Wohnen führen.

Maßnahme: Solaranlagen - überschüssigen Strom bündeln und einsetzen, wo Bedarf ist.

III.3 Beteiligung (25)

- *Transparenz soll für alle Bereiche des städtischen Planen und Handelns Gültigkeit haben.*
- *Die Stadt arbeitet ein ganzheitliches Kommunikationskonzept aus.*
- *Der Prozess der Bürgerbeteiligung wird positiv wahrgenommen, soll weitergeführt und über den weiteren Umgang mit diesen Themen entsprechend informiert werden.*
- *Informationsmöglichkeiten bezogen auf das Thema des nachhaltigen Bauens schaffen bzw. Maßnahmen ergreifen, die das Bewusstsein des Themas bei der Bevölkerung stärken.*
- *Langfristige, rational nachvollziehbare Stadtplanung inkl. Kommunikation nach außen.*
- *Mehr Kommunikation und Foren zu Wohnen und Wohnformen sind notwendig (dadurch Nachfrage wecken und animieren mitzumachen).*
- *Geeignete Formate entwickeln die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, über diese Dinge zu diskutieren und sie weiter zu entwickeln.*

- *(1 x pro Jahr) Beteiligung zu aktuellen Projekten.*
- *Spielplätze (besonders mit jungen Familien), Außenflächen und Aufenthaltsflächen gemeinsam gestalten.*
- *Mehr Transparenz im Vorfeld von Entscheidungen des Gemeinderates und der öffentlichen Ausschüsse (AUT / AVS).*
- *Vertrauen schaffen von der Stadt hin zum Bürger, indem Fakten transparent gemacht werden.*
- *Durch Bürgerbeteiligung Bürger mehr Verantwortung übernehmen lassen, vor allem bei Großprojekten.*

III.4 Quartiersentwicklung und Gestaltung (Bauliche Gestaltung) (19)

- Öffentliche Räume attraktiv für unterschiedliche Zielgruppen gestalten (definieren für welche Zielgruppe, an welcher Stelle).
- Aktivitäten der Bürger stärken, z.B. auch in privaten Vorhaben Möglichkeiten für Kommunikation zu schaffen.

Ergänzungen aus Argumentekatalog

- Gute Quartiersentwicklung, Zusammenkommen durch spezielle Planung.
- Förderung Begegnung/Kommunikation.
- Kleine Plätze als Treffpunkte für Bewohner vorsehen.
- Verkehrsberuhigte Innenhöfe/-plätze.
- Quartierstreffpunkte.
- Schaffung kommunikativer Außenplätze mit Wohlfühlcharakter für Jung und Alt als Treffpunkt für Begegnungen (kostenlos).
- Durchmischung Jung & Alt, um sich gegenseitig zu helfen.
- Öffentliche Freizeitflächen für Senioren innerhalb der Seniorenwohnanlage.
- Gemeinschaftliche Freiflächen innen und außen.
- Flexibles Bauen: Heute – Familienheim und in Zukunft: 2-3 Singlewohnungen - aus AG VI.
- Flexible Gestaltung der Raumzuschnitte – aus AG VI.
- Quartiere: Räume sollen in der Stadtplanung so gestaltet werden, dass Nachbarschaften möglich sind, Anonymisierung soll gestoppt werden – aus AG VI.
- Lebendiges Viertel.

III.5 Architektur (2)

Keine Aussagen

Aus Argumentekatalog

- Geodätische Kuppeln.
- Offene Bauweisen.
- Ortstypische Bauformen aufnehmen.

Aus AG 6

- Hufeisenbau (engere soziale Kontakte möglich) AG III Architektur.
- Atrium.

III. Alternatives Bauen / Flächensparen (0)

- ~~Wohnen und Arbeiten kombinieren – kurze Wege - zu AG V.~~
- ~~Nahversorgung im Ort (z.B. Supermarkt) (Es gibt wenige Geschäfte/Betriebe in den Wohnbereichen, diese werden in die Gewerbegebiete verlagert.) - zu AG II.~~
- ~~Bebauung in 2ter Reihe, Aufstockung, behutsame Nachverdichtung - zu AG V.~~
- ~~Überbauung von Parkierungsflächen - zu AG V.~~
- ~~Mehrgenerationenwohnen (mit verschiedenen Wohnungsgrößen) - zu AG VI.~~
- ~~Bezahlbares Wohnen durch Wohnbaugenossenschaften/Gesellschaften - zu AG II~~
- ~~Stadtverwaltung geht konzeptionelles Bauen gemeinsam mit den Bürgern an (Modell Bürgerbaugenossenschaft: Bürger in städtisch geförderte Projekte miteinbinden. Voraussetzungen schaffen, dass Bürger in Teileigentum investieren können, z.B. verbinden mit günstigen Wohnraumflächen, die im Gewerbegebiet geschaffen werden. Der Bürger beteiligt sich finanziell und erhält Belegungsrechte – Sicherung von Wohnraum.) - zu AG II.~~
- ~~Wohnungsmanager: Vermittlung (Baugruppen, Leerstand, Beratungsleistungen) - zu AG VI.~~
- ~~Einrichtung der Stelle eines Wohnungsmanagers in der Verwaltung - zu AG VI.~~
- ~~Große Wohnungen öffnen oder zum Tausch anbieten (gegen kleinere Wohnungen) - zu AG VI.~~

Diskussion im Plenum

Frage: Wurde auch über erneuerbare Energien beim Neubau diskutiert?

Antwort: Ja, das wurde ganzheitlich unter Nachhaltigkeit (z.B. auch Nahwärmekonzepte, Baustoffe betreffend) zusammengefasst.

Frage: Kann man zur Auflage machen, z.B. Sonnenkollektoren auf die Dächer setzen?

Kommentar: Gibt es nicht bereits die Auflage bei Neubauten, dass man einen entsprechenden Prozentsatz an erneuerbaren Energien nachweisen muss?

Antwort: Ja, die Vorgabe gibt es bereits. Die Frage ist aber, ob das genug ist. Es gibt Bestrebungen, energieautarke Quartiere zu entwickeln, an diesen sollte man sich orientieren und nicht an den minimalen gesetzlichen Anforderungen.

AG IV Naturschutz/Grün- und Freiflächen/Naherholung

Moderation: Frau Dr. Wachinger

Experten: Herr Beck, Herr Lehmann

10 Leitsätze

Die Arbeitsgruppe **Naturschutz/Grün- und Freiflächen/Naherholung** empfiehlt:

1. Grünzäsuren sollen erhalten werden.
2. Der Landschaftsrahmenplan (Wildwegeplan, Biotopverbundplan) soll in der Flächennutzungsplanung und allgemein bei der weiteren Entwicklung beachtet werden. Hinweis: Der Nachbarschaftsverband Karlsruhe ist für die Flächennutzungsplanung zuständig.
3. Ein Grüngerüstplan soll erstellt werden als Voraussetzung für die innerörtliche Verdichtung.
4. Im öffentlichen Bereich soll ausreichend Platz für Baumpflanzungen vorgesehen werden (DIN-Norm einhalten und kontrollieren!).

5. *Eine Empfehlungsbroschüre für private und öffentliche Bauherren zur Ausgestaltung der Gärten soll erstellt werden.*
6. *Alle stadteigenen Flächen sollen ökologisch bewirtschaftet werden (Beispiel: später Grünschnitt...).*
7. *Ein spezielles Schutzkonzept für Niederwild und Bodenbrüter soll entwickelt und umgesetzt werden. Hinweis: Dazu ist ein runder Tisch mit den Landwirten und der Flurneuordnung geplant.*
8. *Die Biodiversität auf den Ackerflächen (besonders auf den städtischen Pachtflächen) soll gefördert werden durch das Verbot von Pestiziden.*
9. *Es wird empfohlen, das Ausgleichsflächenkonzept voranzutreiben als Voraussetzung für eine weitere bauliche Entwicklung.*
10. *Allgemein werden flächensparende Baumaßnahmen empfohlen (Mischbebauung, Mehrgeschossigkeit).*

IV.1 Grüngestaltung und Pflege

Ausgehend von den aus der Auftaktveranstaltung aufgelisteten Argumenten zu „Grüngestaltung und Pflege“ nahm der Themenkomplex „Biodiversität“ einen großen Raum ein.

Themenkomplex Biodiversität in der Stadt/in den Siedlungen (24 Punkte)

Durchgrünung der Siedlungen:

- Heimisches Saatgut verwenden: Saatgut und Wiesen mit heimischem Saatgut bei Ortseinfahrten.
- Wiesenschnitte in Ortschaften zwei Mal im Jahr.
- Ortseinfahrten (wie in Spöck): Randstreifenbegrünung mit blühenden Pflanzen aufwerten (Bienenweide).
- Ökologisches Band als stadtteilübergreifendes Element.
- Hausbesitzer sollen Wildstauden setzen, ein Appell könnte die Eigeninitiative fördern.
- Auflagen könnten im Bebauungsplan durch die Stadt gemacht werden (etwa gegen Steingärten und für einheimische Stauden).
- Satzungen zum Beispiel zu Baumpflanzungen werden nicht umgesetzt, sollen mehr kontrolliert werden.
- Baumprogramm bietet günstig Bäume an (bitte bei Herrn Dick melden!), ein Staudenprogramm ist in Abstimmung.
- Allergien nehmen zu: Bitte bei Baumauswahl beachten, dass wenig allergene Bäume, wie Ahorn oder Hainbuche gepflanzt werden.
- Wettbewerb für „umweltnützliche Gärten“ ausloben! (Besser als „schönere Gärten“).
- Ergänzung im Plenum: „Masterplan gegen Insektensterben (Bienen!) und Vogelsterben“.
- Hinweis auf Leitbild 2000 „Zukunft mitgestalten“ und die Agendagruppen.

Wasserflächen in Wohngebieten zum Nutzen für Familien (20 Punkte)

- Wasserflächen in Ortschaften: Bedenken zu Sicherheit und nehmen Wohnraum, ist der ökologische Nutzen wirklich groß?
- Z.B. im Gewerbegebiet Blankenloch vorstellbar. Würde das Gewerbegebiet so aufwerten, dass Mischbebauung möglich wäre.

Freiwachsende Hecken als Begrünungselemente sind pflegeleicht und artenreich

- Innerörtliche Hecken auf städtischen Flächen.
- Bedenken: Eine Pflege ist notwendig, da sonst zu viele Neophyten aufkommen, wie etwa die Traubenkirsche!

Begehbare Wege entlang der Pfinz

- Bedenken: Wege müssen vom Wasserlauf 10 Meter entfernt sein (Amphibienschutz), hier fehlt der Platz.

Themenkomplex Biodiversität auf dem Acker (9 Punkte)

Mehr Wohlfühlorte draußen – Sitzecken mit Bepflanzung

- Beispiel Vogelpark mit Kletterpflanzen in Friedrichstal.
- Bedenken: Freie Feldflur muss erhalten bleiben für Bodenbrüter (Lerchen, Kiebitze). Raubvögel nutzen Sitzecken als Ansitz.
- Bedenken: Müllproblem um Bänke herum.

Ackerrandstreifen

- Blühstreifen für Rebhühner.
- Stützmaßnahmen für Bodenbrüter: Kiebitzinseln, Lerchenfenster.
- Grünschnitt auf Mitte Juli verlegen.

IV.2 Ausgleichsflächen (4 Punkte)

- Natura 2000 Managementplan liegt ab 09. April aus: Hier wird der Zuschnitt der FFH-Gebiete dargestellt.
- Termin der Naturschutzgruppe zur Sichtung der Natura 2000 Pläne und zur Stellungnahme soll abgestimmt werden.
- Die Flächen zwischen den Naturschutzgebieten und Spöck sollen als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden.
- Ausgleichsflächenkonzept der Stadt soll angeregt werden.
- Ausgleichsflächen sollten vor Ort (nahe am Eingriffsort) geschaffen werden.
- Im Ausgleichskonzept: Ökologische Bewirtschaftung der (kleinen) Waldflächen in Stutensee.
- Empfehlung der Stadt für neue Wohngebiete: Garagenbegrünungskonzept, Hochgaragen, Dachbegrünung (Eventuell auch als Ausgleichskonzept auf das Ökokonto anrechenbar).
- Garagenbegrünungskonzept auch für Altbauten.

IV.3 Grünzäsuren (14 Punkte)

Spezielle Maßnahmen in Stutensee

- Park-Weiterentwicklung an Stelle des alten Friedhofs in Friedrichstal (alte Bäume erhalten!).
- Autos aus neuen Wohngebieten auslagern (Ergänzungen im Plenum: „Infrastruktur beachten, geht noch nicht heute“, „Im Bebauungsplan Stellplätze am Rand der Wohngebiete ausweisen, Parkdecks“).
- Erhaltung wertvoller Ackerflächen – Gewerbe mehrgeschossig bauen!
- Ergänzung aus dem Plenum: „Ausweisen von neuen Wohngebieten (entlang der Bahn, Eggensteiner Straße) bedeutet einen Verlust von Ackerflächen“.

Generelle Maßnahmen

- Biotopverbindung (lokal) schaffen: Stutensee Nord (siehe Vernetzungsstudie).
- Grünbrücke (national) schaffen für Säugetiere, Beispiel Lachwald.
- Biobauern fördern.
- Glyphosat ausschließen.

- Folien in der Landwirtschaft verringern.
- Bedenken: Durch die Gewächshäuser in der Gemarkung Spöck wird die Hasenpopulation kleiner.
- Leinenpflicht für Hunde in bestimmten Gebieten.
- Grünzäsur als Regenrückhaltefläche erhalten.
- Grünzäsur schützen = Erholung und Überschwemmungsfläche.

IV.4 Klima (20 Punkte)

- Innerörtliche Grünkorridore zur Belüftung erhalten - besonders im Sommer, auch Artenoasen!
- Waldflächen im Hinblick auf zunehmend heiße Sommertage erhalten.
(keine zusätzlichen Anregungen)

Nachtrag im open space:

- Staudenprogramm besser kommunizieren.
- Fassadenbegrünung fördern.
- Runden Tisch mit Landwirten stattfinden lassen.

Ergänzungen in der Diskussion

- Ergänzungen aus Plenum: Öffentliche Flächen nur zweimal im Jahr mähen.
- Verwaltung wünscht sich auch Umsetzung der Naturschutzziele durch die Bürger, der Einzelne hat auch eine Verantwortung. Naturschutz ist keine Sache des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft. Steingärten in Vorgärten sind Privatsache und entziehen sich dem Einfluss der Verwaltung. Stutensee hat ein Staudenprogramm, wodurch man günstiger Stauden kaufen kann.
- Kritik, dass die Stadt Steinbeete am Rathaus angelegt hat, die Stadt soll bitte Vorbild sein.
- Anregung: Informationstafeln an wertvollen, ungepflegten Flächen anbringen. So können Bürger „mitgenommen“ werden und verstehen den Sinn besser. Das gilt auch für das Staudenprogramm.
- Viele Bürger wollen die Natur verbessern, so gibt es eine Gruppe, die den Lachwald naturnäher gestalten möchte und Nistkästen aufhängen will. Kritik aus Mitte der Teilnehmenden: „Nistkästen aufhängen ist nichts naturnahes, man soll die Fläche sich entwickeln lassen.“
- Bitte, dass der Umweltbeauftragte bei der Stadt erreichbar sein soll.
- Viele Menschen schaffen grüne Oasen, die Stadt sollte auch die öffentlichen Flächen ökologischer anlegen und pflegen.
- Das Baumprogramm wird sehr begrüßt.

AG V Flächenbedarf/Wachstum

Moderation: Frau Kinn
Experte: Herr Dr. Stelzer

Wachstum (27)

- *Laut Statistischem Landesamt ist für Stutensee bis zum Jahr 2035 mit einem Wachstum von 1.600 Einwohner zu rechnen, pro Jahr mit einem Zuzug von ca. 100 Personen.*

- *Aktuell wird Wohnraum für 1.000 Personen in Stutensee geplant bzw. gebaut, d.h. es fehlt Wohnraum für ca. 600 Menschen.*
- *Laut Statistik ist ab 2035 eine Stabilisierung / kein weiteres Wachstum zu erwarten.*

V.1 Für wen soll gebaut werden?

- *Der zusätzliche Wohnraumbedarf soll vorrangig für Bewohner/Familien aus Stutensee gedeckt werden, ohne dass man sich einem Zuzug verschließen möchte.*
- *Eine Analyse soll Aufschluss darüber geben, für welche Zielgruppe/n zusätzlicher Wohnraumbedarf besteht.*
- *Die Zahl der älteren Mitbürger wird sich erhöhen, hier sind neue Wohnkonzepte zu berücksichtigen.*

V.2 Wo soll gebaut werden?

50/20/20/10-Regelung passt nicht mehr. (s. AG II)

Nachverdichtung (54)

- *Neuen Wohnraum vorzugsweise durch behutsame Nachverdichtung schaffen, dabei größtmöglicher Erhalt von Grünflächen (1).*
- *Anreize für Privatpersonen schaffen, ihre Grundstücke zu bebauen (1).*
- *Eine Besteuerung von ausgewiesenem Bauland, welches durch die Eigentümer nicht bebaut wird soll auf kommunaler Ebene erfolgen Hinweis: Einführung der Grundsteuer C wurde in den Koalitionsvertrag aufgenommen.*
- *Klare Regelungen seitens der Stadt zur leichteren Bebauung in 2ter, 3ter Reihe oder Aufstockung (1).*
- *Bei einer Bebauung in 2ter Reihe ist zu beachten, dass Gärten, Sträucher, Bäume wegfallen werden. Die Stadt soll durch Auflagen Einfluss darauf nehmen, dass das, was an Fläche noch da ist, naturnah erhalten bleibt oder neu bepflanzt wird.*
- *Eventuell Studienarbeiten für Ideen zur Nachverdichtung ausschreiben.*
- *Wohnraum-/Flächenmanager (mit hoher sozialer Kompetenz ermittelt Wohnraumpotential, hakt bei Brachflächen nach, entwickelt Konzepte, Ideen z.B. zu alternativem Wohnraum, zu Förderungen etc. und stellt diese den Eigentümern vor).*
- *Abriss von baufälligen Scheunen/Altbau und Förderung für diese Baumaßnahmen. Stadtplanerisch begleiten, z.B. durch Schaffen von Zugängen und Zufahrten.*
- *Überbauung von Parkierungsflächen.*
- *Baulückenkataster/Leerstandskataster mit Auflistung von Flächen in städtischem Eigentum.*
- *Flexibler Bebauungsplan für die Nachverdichtung (qualitativ hochwertige Baukonzepte, Quartiere, je nach Grundstück, z.B. nur Vorgabe zur Bauhöhe, aber nicht zur Bauform).*

Weiteres Flächenpotential (16)

Flächen im Außenbereich, die nicht bebaut werden sollen: Naturschutzgebiet Spöck Nord, Sandwiesen weiträumig schützen.

1. *Für das konkret geplante Gewerbegebiet „Westlich der Bahn“ in Blankenloch prüfen, ob es im Sinne eines Mischgebietes umgesetzt werden kann oder sogar Teile davon als reines Wohngebiet ausgewiesen werden.*
2. *Neues Wohnbaugebiet nördlich Eggensteiner Str. (FNP 2010) (nur bei Bedarf).*
3. *Landesflächen erwerben, z.B. Wasserwirtschaftsamt Büchig (Erhalt der Mischbaumspaliere).*

4. *Ortsrandbegradigung Anschlussflächen zur Bebauung freigeben.*

DISKUSSION

Frage: Basisdemokratischer Ansatz der Planung: Wie wollen Sie die Bürgerbeteiligung umsetzen?
Wenn großräumig Planungen gemacht werden, wünschen wir uns ein Mitspracherecht der Bürgerinnen und Bürger zu der generellen Frage: Wie soll die Entwicklung weitergehen?

Antw. BM Träger: Qualität entsteht auch durch Wettbewerbe, diese sollen im Bereich des Städtebaus verstärkt genutzt werden. Bürgerinnen und Bürger könnten z.B. im Rahmen einer Bürgerbeteiligung ein 10-Punkte Programm gemeinsam mit der Stadt entwickeln, das dann in Wettbewerben zum Tragen kommt.

Frage: Habe ich richtig verstanden, dass Stutensee das Wachstum von 1.600 Einwohnern (lt. Studie des statistischen Landesamtes) ermöglicht, wenn die oben genannten Kriterien eingehalten/berücksichtigt werden?

Antwort AG: Die Zahl dient als Grundlage/Orientierung. Ja, wir wollen nicht jede Entwicklung verhindern.

Frage: Soll kein Zuzug ermöglicht werden? „Stutensee first“?

Antwort AG: Wir wollen ja Wachstum und keinen Rückgang der Bevölkerung. Aber auch die Menschen, die schon in Stutensee wohnen, haben Flächenbedarf und wollen sich unter Umständen vergrößern. Diese sind als erstes zu berücksichtigen.

Kommentar: Jedes Jahr müssen neue Wohnungen gebaut werden, aber maßvoll.

Kommentar: Nachverdichtung kann auch zu Konflikten führen.

Kommentar: Nachverdichtung muss Grenzen haben (für Scheunen muss der Artenschutz beachtet werden). In dritter Reihe zu bauen ist nicht sinnvoll (Natur, Klima).

Antwort Plenum: In zweiter Reihe kann gebaut werden. Für Scheunen und landwirtschaftliche Gebäude gibt es schon tolle Möglichkeiten, wie Artenschutz beim Bauen berücksichtigt werden kann.

AG VI Wohnformen/Zielgruppen

Moderation: Frau Seidl-Behrend

Expertin: Frau Katzenberger

VI.1 Ist-Analyse/Zielgruppe (34)

- *ALLE Menschen, die in Stutensee leben, im Blick haben.*
- *Ist-Zustand der Haushaltsformen erheben: Single-Haushalte, Alleinstehende, Familien, Größe der Familien, etc.*
- *Interesse an Wohnformen ermitteln: EFH, RH, MFH, Gemeinschaftswohnen etc. (E. Renz)*
- *Wohnt man im Eigentum oder zu Miete?*
- *Wie möchte man künftig wohnen (Wohnungsgrößen, Wohnformen etc.)?*

VI.2 Bedarf festlegen

- *Auf der Basis der Ist-Analyse soll festgelegt werden, für welche Zielgruppen welche Wohnmodelle/Wohnformen angeboten werden sollen.*
- *Auch „übliche“ Wohnformen weiter beachten.*

VI.3 Wohnmanagement

Es soll ein kommunales Wohnmanagement eingerichtet werden:

- *als Austauschplattform.*
- *mitgestaltend, bürgerbeteiligt.*
- *neutral.*
- *transparent (jährliche Berichterstattung).*
- *non-profit.*

Das Wohnmanagement leitet Ideen/Methoden ab, bringt die Veränderungen in den Bestand und in Neubauprojekte mit ein.

Wunsch: Gemeinderatsbeschluss, der besagt, dass die Stadtverwaltung dem ermittelten Bedarf gerecht wird und sich an diesem orientieren muss.

VI.4 Mögliche Wohnformen (43)

- *Gemeinsames Wohnen mit mehreren Generationen (Mehrgenerationenwohnen) - Jung hilft Alt und Alt hilf Jung.*
- *Eigenheim und geförderte Wohnung – soziale Durchmischung.*
- *Neue Baugebiete so gestalten, dass Mehrgenerationen-Wohnen (auch innerhalb einer Familie) möglich ist, KEINE 5m-Reihenhäuser für nur eine Familie!*
- *Soziale Hilfsprojekte (Gemeinsames Wohnen mit hilfsbedürftigen Menschen).*
- *Gemischte Alters- und Sozialstrukturen.*
- *Große Wohnungen öffnen oder zum Tausch anbieten (gegen kleinere Wohnungen).*

Ein Angebot des gewünschten und erhobenen Wohnbedarfs wird differenzierte Gebäudeformen und Architektur hervorbringen und mit der Reduzierung der 5m-Haus-Reihen der momentan herrschenden Eintönigkeit in unseren Baugebieten entgegenwirken. Somit entstehen interessante lebendige Quartiere nach dem Motto "Form follows Function". Das wäre dann lebendiger und gelebter Städtebau! (Jutta Katzenberger).

VI.5 Barrierefreiheit (17)

- *Barrierefreiheit hinsichtlich aller Alters- und Nutzergruppen - auch bei der Verkehrsplanung.*

VI.6 Bezahlbarer Wohnraum (13)

- *Definition (AG V): Bezahlbarer Wohnraum ist für Stutensee definiert als Wohnraum, der 20 % unter der ortsüblichen Vergleichsmiete angeboten wird – es gibt keine allgemeingültige Definition, nur Sozialer Wohnungsbau ist gesetzlich definiert.*
- *Bezahlbarer Wohnraum: Muss für die entsprechende Gruppe bezahlbar sein.*

- Der Wohnraum muss für alle die genannten, verschiedenen Gruppen bezahlbar sein.
- Günstigen Wohnraum auf städtischen Flächen schaffen.

TOP 5 Redaktionsteam

Frau Kinn bedankt sich beim Redaktionsteam für die Bereitschaft, das Protokoll und die Empfehlung gegen zu lesen.

AG I Mobilität/Sicherheit: Tobias Walter

AG II Kommunale Infrastruktur/Finanzen: Björn Heybl

AG III Zukunftsorientiertes/umweltgerechtes Bauen: Susanne Radtke, Herr Horn

AG IV Naturschutz/Grün- und Freiflächen/Naherholung: Sylvia Schönthal, Matthias Beck

AG V Flächenbedarf/Wachstum: Rupert Lohr

AG VI Wohnformen/Zielgruppen: Elke Renz, Heike Bandler, Nicolas Feth

Die Moderatorinnen erstellen das Protokoll und leiten daraus die Empfehlung für den Gemeinderat ab. Die Unterlagen werden dem Redaktionsteam per Email übermittelt. Zusätzliche inhaltliche Änderungen und Ergänzungen zählen nicht zur Aufgabe des Redaktionsteams, sondern die Prüfung, ob alle in der Perspektivwerkstatt gemachten Empfehlungen vollständig und richtig wiedergegeben sind.

TOP 6 Abschluss

Frau Erste Bürgermeisterin Tröger bedankt sich bei allen Bürgerinnen und Bürgern, den Experten und Verwaltungsmitarbeitern für die Teilnahme an der zweiten Perspektivwerkstatt. Sie lädt ein zu einem gemeinsamen Abschluss bei einem kleinen Umtrunk. Der Dank geht auch an Frau Kinn und ihr Team für die gute Begleitung.

Ebenso dankt Herr Oberbürgermeister Demal allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern fürs Mitwirken an der Perspektivwerkstatt. An den verschiedenen sehr gelungenen Veranstaltungen (Aufaktveranstaltung im November 2017, der erste Werkstatt am 24.03.2018 und der heutigen Planungswerkstatt) konnte er das große Engagement und die sehr produktive Arbeitsatmosphäre mitverfolgen. Direkte Bürgerbeteiligung bedarf interessierter Bürgerinnen und Bürger, denen es am Herzen liegt, Themen gemeinsam voranzubringen – das ist hier gelungen, dafür bedankt sich Herr Oberbürgermeister Demal sehr.